

Liebe Leser,

mit unserem neuen Informationsmedium wollen wir Sie in regelmäßigen Abständen für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen interessieren, die auch in ihrer Aktualität über den Tag hinaus reichen.

Unsere Projektberichte können Sie unter www.imreg.de abrufen. Wir freuen uns über Ihre Anregungen und Hinweise, die Sie uns gern per E-Mail an info@imreg.de senden können.

Ihre Geschäftsführung

imreg - Partner für Mittelstand und Regionalentwicklung

Wir sind fachkundiger Partner für Unternehmen, öffentliche Institutionen, Gebietskörperschaften und Verbände und bieten vielfältige Podien für eine offene Kommunikation unter den Beteiligten.

Die Kompetenzfelder von **imreg** liegen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Soziales und insbesondere in den Fachbereichen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, Bildungspolitik und Regionalentwicklung. Über dieses Kompetenznetzwerk aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft stehen breites Wissen und vielfältige Erfahrungen zur Verfügung und helfen mit, Entwicklungstrends frühzeitig zu erkennen und aktiv darauf zu reagieren. **imreg** verbindet mit seiner Arbeit den Anspruch, wissenschaftlich-theoretische Ansätze zur Mittelstands- und Regionalpolitik praktisch nutzbar zu machen.

Begleitet wird die Arbeit des **imreg** durch ein Kuratorium. Die Mitglieder des Kuratoriums sind Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Die Kuratoriumsmitglieder gestalten die inhaltliche Entwicklung mit und sind



Ansprechpartner

zum Thema Mitbestimmung:
Susan Günther - Rechtsanwältin
Telefon: (03 51) 21 36 71 40

zum Thema Bildungspolitik:
Diana Kunze - Projektmanagerin
Telefon: (03 51) 21 36 71 20

imreg
institut für mittelstands-
und regionalentwicklung gmbh

Vorankündigung

März 2005 - Wirtschaftssymposium
"Erfahrungen und Chancen (ost-)deutscher Unternehmen
in den USA"

Weitere Info's finden Sie im Internet unter www.imreg.de



Nachdenken
Mittendenken
Vordenken

imreg
institut für mittelstands-
und regionalentwicklung gmbh

imreg Institut für Mittelstands-
und Regionalentwicklung GmbH
Bautzner Straße 17
01099 Dresden
E-mail: info@imreg.de
Internet: www.imreg.de
Telefon: (03 51) 21 36 71 00
Telefax: (03 51) 21 36 71 10

Aktuelle Themen:

- Mitbestimmung: Ein Auslaufmodell?
- Symposium
"Gymnasium und Wirtschaft"
Schüler-Berufsorientierung

Mitbestimmung

Die deutsche Unternehmensmitbestimmung steht auf dem Prüfstand - Mitbestimmung: Ein Auslaufmodell?

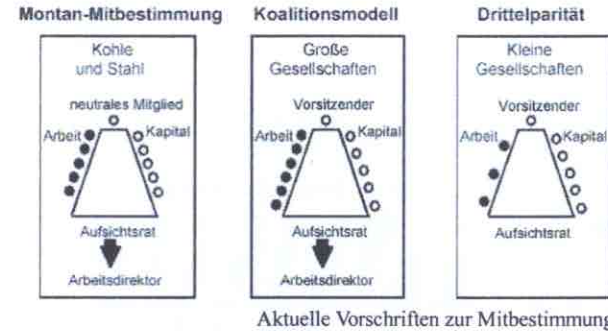
Der Ton in der aktuellen Diskussion über die Zukunft der Arbeitnehmermitbestimmung in den Aufsichtsräten deutscher Kapitalgesellschaften hat sich in den letzten Wochen deutlich verschärft. Heftige Reaktionen löste die Äußerung des BDI-Präsidenten Rogowski aus, der die Unternehmensmitbestimmung in einem Stern-Interview als einen „Irrtum der Geschichte“ bezeichnete. Ebenfalls für reichlich Aufregung sorgten die eher zaghaften Reformvorschläge der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), die Anfang November diesen Jahres ein gemeinsames Papier zur Erneuerung der deutschen Mitbestimmung vorlegten. Gewerkschaften und SPD kontern mit Empörung und weisen jede Kritik zurück, DGB-Chef Sommer forderte gar die Ausweitung der Mitbestimmung auf die Leitungsebene der Unternehmen.

Seit 1976 bzw. im Bereich der Montanindustrie bereits seit 1951 sitzen Arbeitnehmer und Gewerkschaftsfunktionäre kraft Gesetzes in den Aufsichtsräten großer deutscher Unternehmen. Die Entstehung der paritätischen Mitbestimmung ist überwiegend den besonderen Verhältnissen des Nachkriegsdeutschlands geschuldet. Vor allem der Stahlindustrie wurde aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht ein besonderes Maß an Mitsprache hinsichtlich der Entwicklung des Dritten Reiches zugesprochen. Ein erneuter ungehinderter Machtzuwachs sollte verhindert werden. Die Besatzungsmächte setzten dabei auf eine Demokratisierung der betroffenen Industriezweige, d.h. auf die Beteiligung von Arbeitnehmern. Bundesgesetzlich fixiert wurde dies später in Form des Montan-Mitbestimmungsgesetzes.

In den 70er Jahren bemühten sich Gewerkschaften und SPD unter dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ um eine Ausweitung der bestehenden Vorschriften zur unternehmerischen Mitbestimmung. Eine Fortsetzung fand diese Entwicklung zunächst in der Schaffung des BetrVG 1952 (Drittelbeteiligung) sowie im Jahre 1976 in der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes. Seitdem müssen in Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten die Aufsichtsräte je zur Hälfte mit Vertretern

Mitbestimmung

der Eigentümer und der Arbeitnehmer besetzt sein. Für Gewerkschaftsmitglieder sind je nach Aufsichtsratsgröße 2 bis 3 Sitze reserviert, dies obwohl die Gewerkschaften seit Jahren unter einem enormen Mitgliederschwund leiden.



Der Aufsichtsrat bestimmt und überwacht die Mitglieder der Geschäftsführung, hat somit eine außerordentlich starke Position, was sich allerdings nicht immer zum Wohle des Unternehmens auswirkt. In der Praxis kommt es sehr häufig zu so genannten Kopplungsgeschäften. Für die Vorstände geht es dabei um ihre Gehälter und Vertragsverlängerungen, während die Arbeitnehmervertreter beispielsweise Forderungen nach übermäßigen Lohnerhöhungen durchsetzen. Die Enthüllungen im Mannesmann-Prozess und anderen großen Konzernen haben diese Vorgänge veranschaulicht. Kaum ein Manager wird sich unter diesen Umständen kritisch zur Mitbestimmung äußern.

Trotzdem gerät die Institution „Mitbestimmung“ Stück für Stück ins Wanken. Gefahr droht ihr vor allem von europäischer Seite. Infolge der EuGH-Rechtssprechung zur Niederlassungsfreiheit können sich ausländische Unternehmensformen ohne Mitbestimmung mittlerweile ohne weiteres in Deutschland niederlassen. Darüber hinaus besteht seit dem 8. Oktober diesen Jahres die Möglichkeit der Gründung einer Europa-AG (SE). Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen hiernach über den Grad der Mitbestimmung verhandeln, wobei im Fall der Nichteinigung eine Auffanglösung greifen soll, die die Anwendung des weitestgehenden Mitbestimmungsmodells, das für eines der beteiligten Unternehmen gilt, vorsieht.

Bildungspolitik

Sofern eine deutsche Gesellschaft an dem Prozess beteiligt ist, wird dies regelmäßig das deutsche Mitbestimmungsrecht sein. Dieser faktische Export der deutschen Mitbestimmung führt dazu, dass deutsche Unternehmen als Fusionspartner praktisch nicht mehr in Betracht kommen. Der Bundesrat hat hierzu in einer Stellungnahme formuliert: „Deutsche Konzerne würden als bloße Zaungäste außen vor bleiben, wenn sich demnächst in ganz Europa Unternehmen unter der Rechtsform der „SE“ zu schlagkräftigen Einheiten formieren.“ Der Standort Deutschland wird so zusätzlich geschwächt.

Eine umfassende Darstellung der Entwicklung der deutschen Mitbestimmung sowie eine Erläuterung der derzeit geltenden Vorschriften enthält die neue imreg-Studie „**Die Geschichte der deutschen Mitbestimmung**“. Diese können Sie unter der Tel-Nr.: (03 51) 21 36 71 00 oder im Internet auf www.imreg.de abrufen.

Symposium „Gymnasium und Wirtschaft“

Die sächsische Bildungspolitik gehört zu einer unserer Kernaufgaben. Bereits im vergangenen Jahr positionierten wir uns zum Thema: **„Ausstattung sächsischer Schulen mit Computern und Bewertung des Informatikunterrichtes“**. Die Studie ist unter www.imreg.de abrufbar.

Schon seit längerer Zeit wird das Thema Fachkräftemangel diskutiert. Trotz der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit klagen viele Unternehmen über einen Mangel an qualifiziertem Personal. Dieser Zustand wird sich zukünftig aufgrund der demographischen Entwicklung weiter verstärken. Handlungsbedarf ist dringend erforderlich. Die für Staat und Unternehmen langfristig effektivste Maßnahme ist die Schüler-Berufsorientierung.

Im Frühjahr dieses Jahres erteilten das Sächsische Staatsministerium für Kultus und die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW) dem imreg über die Stiftung Innovation und Arbeit (SIAS) den Auftrag zu einer Impulsveranstaltung für sächsische Gymnasien. Am 29. April 2004 fand das Symposium „Gymnasium und Wirtschaft - Wege zur erfolgreichen Kooperation“ mit 145 Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik und Schule in Dresden statt. Im nächsten imreg-Newsletter werden wir Ihnen die Ergebnisse der Tagung in Form kurzer Thesen präsentieren.